

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa.
Verlag: Riefaer Tageblatt.
Gegründet: 1847.
Herausgeber: Riefaer Tageblatt.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großröhrsdorf, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer: 1800.
Stempel: Riesa Nr. 12.

Nr. 58.

Mittwoch, 9. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Stützens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe ist nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Anzeile 100 Gold-Pfennige; zehntelweiser und halbtelweiser Satz 20%, Aufschlag. Erste Lesze. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Anzeigenschein: Riesa. Wichtige Anzeigenscheinverträge, „Erzähler an der Erde“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für den Inhalt: Riefaer Tageblatt. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Aussichten des Außenhandels.

Von der russischen Regierung sind zur Zeit der deutschen Industrie wieder größere Auftragsbestellungen angeboten worden. Die deutschen Industriellen haben sich nun erneut an die Reichsregierung gewandt, um zu erfahren, ob und in welchem Umfang sie auf finanzielle Hilfe des Reichs rechnen können. Dabei handelt es sich zunächst um die noch nicht völlig durchgeführte Finanzierung der bereits im vorigen Jahre erteilten und zum Teil durchgeführten Aufträge, für die die deutschen Firmen vom Reich garantierte Außenwechsel im Portefeuille haben, ohne daß sie sie realisieren konnten. Die garantierten Wechsel betragen 120 Millionen Mark. Dazu kommt ein kleiner Betrag von Aufträgen, die noch zu Anfang des Jahres hereingenommen wurden. Die Reichsbank hat sich, wie wir hören, nach Verhandlungen mit der Reichsregierung bereit erklärt, die 120 Millionen Mark Wechsel zu realisieren unter der Voraussetzung, daß vorher das Bankentorquum gebildet wird, das die Herabnahme der Wechsel durch die Reichsbank ermöglicht. Die weitergehenden Wünsche der Industrie, die auf neue Garantien für weitere Aufträge gerichtet waren, konnten jedoch nicht erfüllt werden, da die Garantiehöchstgrenze von 1 Milliarde erreicht ist. Durch die Realisierung der alten Wechsel erhalten jedoch viele Firmen die Möglichkeit, weitere russische Aufträge hereinzunehmen. Diese werden allerdings nicht den vollen Wechselbetrag von 120 Millionen erreichen können, da die Firmen, denen der Wechsel zugewandt kommt, nicht in allen Fällen identisch sind mit denjenigen, die neue Aufträge erhalten. Grundsätzlich sind Reichsbank und Regierung bereit, falls sich die Finanzlage Deutschlands nicht weiter verschärft und die Kreditwürdigkeit der Sowjetunion die gleiche bleibt, die im Laufe des Jahres frei werdenden Wechsel für neue Geschäfte zur Verfügung zu stellen. Dabei wird es sich um rund 400 Millionen Mark handeln, die mit Garantie des Reichs versehen sind. Die tatsächlich von den Russen einzuliefernden Wechsel betragen allerdings über 500 Millionen Mark. Im einzelnen werden Außenwechsel fällig bis zum 1. April rund 50 Millionen Mark, im zweiten Quartal 78, im dritten 82 und im vierten 165 Millionen Mark. Diese Ziffern ändern sich jedoch etwas, weil jetzt noch Bestellungen ausgeliefert werden, die die Russen wieder mit Wechseln besetzen, die aber auch noch im Laufe dieses Jahres fällig werden.

Die Zahlungsfähigkeit Russlands wird wesentlich davon abhängen, daß der russische Export nach Deutschland gesteigert wird. 1931 haben die Russen für 230 Millionen Mark nach Deutschland ausgeführt, um die Passivität ihrer Zahlungsbilanz zu decken. Tatsächlich war diese Passivität allerdings noch größer, sie wurde aber ausgeglichen durch die Transaktion der russischen Exportüberschüsse nach England, Frankreich und Italien. Jetzt ist aber die englische Regierung einen starken Druck auf die Sowjetunion aus, die Plunderlöse aus russischen Verläufen in englischen Waren anzulegen. Dadurch wird natürlich die deutsche Industrie nachteilig beeinflusst werden. Die Russen werden zwar in diesem Jahre wohl noch in der Lage sein, die Zinsenbeträge im Geschäft mit Deutschland durch Geldeinlagen und Transferierungen auszugleichen, es wird aber nicht möglich sein, das deutsch-russische Geschäft auf der vorjährigen Höhe zu halten, das der deutschen Industrie für 800 Millionen Aufträge gebracht hat.

Gegen die russische Einfuhr nach Deutschland richtet sich jedoch der Protest der deutschen Wollbesitzer, der deutschen Landwirtschaft und vor allem der Deilmittelbesitzer, die der russischen Rappha-Gesellschaft Derop politische Agitation vorwerfen. Die Reichsregierung kann die russische Einfuhr schon deshalb wenig beeinflussen, weil die deutsche Industrie, die für Russland arbeitet, zum Teil Gegenleistungsverträge mit der Sowjetunion abgeschlossen hat und sich mit Erzen, Rappha usw. bezahlen läßt. Das viel kritisierte Rumpfschreiben des Reichswehrministers, wonach keine Einmündungen gegen den Bezug von Rappha bei der Derop zu erheben seien, bedeutet lediglich die Aufnahme der Derop in die Lieferantenliste, auf der die anderen ausländischen Oelgesellschaften bereits stehen.

Bisher haben die Russen ihre Wechsel pünktlich eingelöst. Im Rücklande sind sie nur immerfort mit nicht wechselfähigen gefälschten Verpflichtungen, gelegentlich auch mit Fiktionen und Fälschungen.

Dingeldey über eine Besprechung mit Dr. Groener und Hitler.

H. Sellenkirch. In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei führte hier gestern Abend Parteiführer Dingeldey u. a. aus: Adolf Hitler habe sich in einer langen Unterredung mit Reichsminister Dr. Groener und ihm (Dingeldey) als ein verständiger und kluger Politiker erwiesen. Er habe damals erklärt, den Weg, der ihm gezeigt würde, könne er nicht gehen. Doch erklärte Hitler ausdrücklich: „Ich bin mir klar darüber, daß, wenn in Deutschland eine nationale Rechtsregierung kommen sollte, der Name Hindenburg erhalten bleiben muß, weil er die härteste Garantie dafür ist, daß in Deutschland nicht alles drausser und drüber geht.“ Dingeldey habe Hitler geraten, die Kandidatur Hindenburgs namens der Nationalsozialisten anzunehmen. Aber die Unterführer und Quasenberg hätten ihn von dieser Absicht abgebracht.

Für Hindenburg.

1 Berlin. Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt mit: Die soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenverbände im Deutschen Beamtenbund hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Die hart zerkleinernden radikalen Parteien von rechts und links haben zum entscheidenden Schlag ausgeholt. Ihr Sieg wäre gleichbedeutend mit außenpolitischen Rückschlägen, verschärfter Not, erhöhten Entbehrungen für die Beamten, ja für das ganze deutsche Volk. Hindenburg hat in den sieben Jahren seiner Reichspräsidentenschaft uns allen ein überzeugendes Beispiel der reiflichen Hingabe für Volk und Vaterland gegeben. Hindenburg ist nicht der Kandidat einer Partei, er steht als treuester Sachwalter des deutschen Volkes über den Parteien. Unsere Stimmen gehören Hindenburg.

Der Leipziger Hindenburg-Ausschuß hat ebenfalls einen Aufruf erlassen, dem namhafteste Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft, sowie die politischen Parteien mit Ausnahme der radikalen Gruppen angehören. Den Aufruf des Deutscher Ausschusses in Anhalt haben Generaloberst a. D. Seede, den Aufruf der Oberschlesier in Osnabrück der Organisator des Selbstschutzes Generalleutnant a. D. Hofer mitunterzeichnet.

Aufruf des Hindenburg-Ausschusses für das rheinisch-westfälische Industrie-Gebiet.

1 Essen, 8. März. Der Hindenburg-Ausschuß für das rheinisch-westfälische Industriegebiet (Gesamtsgebiet der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West, Westfalen-Nord und -Süd) erläßt folgenden Aufruf: In der Stunde des Entscheidungskampfes um Deutschlands Wechsellöhne und Arbeitsfreiheit hat Generalsekretär von Hindenburg sich entschlossen, noch einmal die schwere Bürde des Reichspräsidenten anzunehmen. Hindenburg vertritt und deutsche Gottesfurcht und Treue im Dienst des Vaterlandes, eisernes Pflichtbewußtsein und deutsches Soldatenmüt. Erfürcht vor der eigenen Geschichte gebietet dem deutschen Volk, vor seiner Person inneren Machtkampf und Streit der Parteien schweigen zu lassen.

Hindenburg vertritt dem Auslande das Deutsche, das es ehrt und achtet, an dessen Zukunft es glaubt. Das deutsche Volk schuldet ihm Dank, daß es ihn in dem entscheidenden Ringen um seine Befreiung einsetzte. Hindenburg vertritt dem deutschen Volke Einigkeit, für die er als getreuer Wächter seine Stimme erhebt. Sein Name soll bei der Wahl des Staatsoberhauptes die alte deutsche Schwäche innerer Zerrissenheit überwinden helfen und der Welt bezeugen, daß Deutschland einzig ist im Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Ehre der Nation. Der Aufruf ist unterzeichnet von den Vorsitzenden Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Ing. Duisberg-Reverfusen und Oberbürgermeister Dr. Stephanhorst-Bielefeld sowie von einer großen Anzahl Ausschussmitglieder.

Eine Erklärung des Reichspräsidenten auf Schalplatten.

1 Berlin. Die Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse haben den Reichspräsidenten von Hindenburg gebeten, sich zu einer Schalplattenaufnahme zur Verfügung zu stellen. In Erweiterung seiner Aufnahmeverordnung vom 15. Febr. hat Reichspräsident von Hindenburg ausgeführt: „Alle Soldatenpflicht verlangt von mir in unserer schweren Zeit, auf meinem Posten zu verharren, um das Vaterland vor Erschütterungen zu bewahren. Nur auf der Grundlage völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit habe ich die Kandidatur übernommen. Ich habe es abgelehnt, irgendwelche Bindungen nach der einen oder nach der anderen Seite einzugehen. Ich will wie bisher auch im Falle meiner Wiederwahl der Trennung des ganzen deutschen Volkes sein und nicht der Beauftragung einer Partei oder einer Parteigruppe. Nur Gott, dem Vaterlande und

Wer wird gewählt?

Im ersten Wahlgang, der am kommenden Sonntag stattfindet, gilt von den 5 Kandidaten derjenige als gewählt, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Hat keiner der Kandidaten eine so große Stimmenzahl erzielt, so findet — am 10. April — ein zweiter Wahlgang statt. Dieser zweite Wahlgang ist keine sogenannte „Stichwahl“. Im zweiten Wahlgang wird nicht etwa nur zwischen den 2 Kandidaten gewählt, die im ersten Wahlgang die beiden höchsten Stimmziffern erreicht haben. Die Stimmziffern des ersten Wahlganges, ja sogar die Kandidaten des ersten Wahlganges sind vielmehr völlig belanglos, wenn es zu der Entscheidung im zweiten Wahlgang kommt.

meinem Gewissen will ich verantwortlich sein. So habe ich es bis jetzt gehalten und so werde ich auch weiter handeln. Die deutsche Würde und Ehre zu wahren und gegen Angriffe zu schützen, wird stets meine vornehmste Aufgabe sein. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenfassung des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes einzelnen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation. Dazu verheißt uns Gott!“

Entschlüsse für die Wahl Hindenburgs.

1 Berlin. In einer überfüllten, wegen zu großen Andrangs polizeilich gesperrten Versammlung in Königsberg, in der der Vorsitzende des Arbeitsausschusses der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Dr. Gerold Prekel, M. d. R., sprach, wurde folgende Entschlüsse angenommen:

„Unter dem Eindruck der überzeugenden Darlegungen des Reichspräsidenten Dr. Dr. Gerold erklären wir Männer und Frauen Königsbergs, zum besten Christentum und des gesamten Vaterlandes alle Kräfte einzusetzen für die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten, des Feldmarschalls von Hindenburg.“

Bräutigamswahl und Außenpolitik.

1 Berlin. (Zunfpruch.) Ein rechtshabendes Berliner Blatt hat gestern dem Reichskanzler Dr. Brüning vorgeworfen, daß er sich zu hart an dem Bräutigamswahlkampf aktiv beteilige und damit die außenpolitischen Interessen Deutschlands nicht mit der Grundsätzlichkeit wahrnehme, die ihnen gerade jetzt zur Zeit der Abwicklungsverhandlungen in Genf zukomme.

Zu diesen Angriffen wird in politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung im Januar d. J. den Versuch einer parlamentarischen Verlängerung der Präsidentschaft des derzeitigen Reichspräsidenten hauptsächlich aus außenpolitischen Gründen unternommen habe. Dieser Versuch sei bekanntlich an der Intransigenz der nationalen Opposition gescheitert, die darum am wenigsten zu Angriffen auf die Haltung des Reichskanzlers berechtigt sei. Dies um so mehr, als auch der zweite von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland übernommene Versuch, Herrn von Hindenburg als Kandidaten einer nationalen Einheitsfront zu nominieren, von den gleichen Kreisen zum Scheitern gebracht wurde. Das Dr. Brüning nun im Wahlkampf unvermeidlich geworden sei, da er mit aller Entschiedenheit in ihn eingreife, sei angeht die Wichtigkeit dieses Kampfes zwischen Ordnung und Chaos nur zu bekräftigen. Im Abwägen merkt man den Angriff, der auf den Reichskanzler gemacht wurde, als ein Eingekränktes der nationalen Opposition, die nun — allerdings zu spät — erkenne, wie sehr es im gesamtstaatlichen Interesse des Reiches gelegen habe, wenn man diesen Wahlkampf in der von der Regierung seinerzeit beabsichtigten Form umgehen können.

Wahlaufruf des Reichsbanners für Hindenburg.

1 Berlin. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt folgenden Aufruf: Kameraden! Der Weg der deutschen Republik wird durch die Wahl des Reichspräsidenten am kommenden Sonntag auf Jahre hinaus bestimmt. Ihr müßt, morum es geht. Ihr müßt, daß an diesem Tage der Faschismus geschlagen werden muß. Ihr müßt, daß es sich um Sicherung von Volkstfreiheit und Volkstrecht handelt. Ihr müßt, wir kämpfen, weil wir wollen, daß die Verheerungen der Verfassung von Weimar zur Wirklichkeit werden. Die große Schlacht muß uns den ersten Sieg bringen. Alle Kräfte einsetzen in der Front der Republik. Marschieren! Marschieren! Die Trommeln nicht schonen. In jedes Dorf und ins letzte Haus muß unsere Parole getragen werden: „Schlagt Hitler — wählt Hindenburg!“

Für den zweiten Wahlgang können wieder beliebig viele und auch völlig neue Kandidaten aufgestellt werden. (Vor 7 Jahren z. B. hat Hindenburg im ersten Wahlgange überhaupt nicht zur Wahl gestanden, er wurde erst für den zweiten Wahlgang aufgestellt, nachdem Dr. Jarres im ersten nicht durchgekommen war.) Im zweiten Wahlgang wird im übrigen genau so gewählt wie im ersten. Nur mit dem Unterschiede: es kommt für den Sieger nun nicht mehr darauf an, die im ersten Wahlgang erforderliche „absolute Majorität“, also mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen zu erzielen. Als endgültig gilt vielmehr, wer im zweiten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht, ohne Rücksicht darauf, ob die für die anderen Kandidaten abgegebenen Stimmen zusammen nicht eine viel höhere Zahl ergeben.